Seiten-Adresse:
https://regulatorik-gesundheitswirtschaft.bio-pro.de/infothek/pressemitteilungen/eu-kommission-gefaehrdet-europaeische-arzneimittelversorgung-mit-doppelt-falschen-annahmen

EU-Kommission gefährdet europäische Arzneimittelversorgung mit doppelt falschen Annahmen

Die Studie scheitert an einer realistischen Abbildung der tatsächlich erwartbaren Kosten der Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie. Zudem übernimmt sie unreflektiert die nachweislich ungeeigneten Annahmen zum Anteil der pharmazeutischen Mikroschadstoffe im Abwasser.

Am 10. Dezember hat die Europäische Kommission die langerwartete Studie des Joint Research Centre (JRC) zu den Kosten und Folgen der erweiterten Herstellerverantwortung der Kommunalabwasserrichtlinie vorgestellt. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass sich die europaweiten Kosten der erweiterten Herstellerverantwortung unter Betrachtung der Inflation und neuerer Daten ähnlich zu den Schätzungen des Impact Assessment aus dem Jahr 2022 verhalten werden. So geht die Kommission in der Studie europaweit von 1,48 - 1,8 Milliarden Euro Kosten pro Jahr bis 2045 aus.

Pharma Deutschland kritisiert die Studie der Kommission als doppelt falsch. So scheitert die Studie einerseits an einer realistischen Abbildung der tatsächlich erwartbaren Kosten der Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie. Kostenschätzungen wie die der niederländischen Regierung, der Anlagenbetreiber oder des Bundeslandes Baden-Württemberg überschritten bereits lange vor Veröffentlichung der neuen Studienergebnisse die Kostenprognose der Kommission aus dem Jahr 2022. So geht die niederländische Regierung von Kosten in Höhe von ca. 400 Millionen Euro aus, wogegen die Kommission von 65 Millionen spricht.

Andererseits übernimmt die EU-Studie völlig unreflektiert die nachweislich ungeeigneten Annahmen zum Anteil der pharmazeutischen Mikroschadstoffe in der Gesamtfracht des europäischen Abwassers.

Jörg Wieczorek, Vorstandsvorsitzender von Pharma Deutschland, kommentiert: „Die Europäische Kommission liegt mit ihrer Studie doppelt falsch und bringt damit den Pharmastandort Europa in ernste Schwierigkeiten. Nationale Initiativen wie der Pharmadialog und europaweite Vorhaben wie das EU-Pharmapaket oder der Critical Medicines Act sind auf dieser Grundlage zum Scheitern verurteilt. Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten müssen die Umsetzung der Richtlinie stoppen. Der Umwelt-Omnibus wäre eine gute Chance gewesen, die nun leider verpasst wurde."

Pressemitteilung

11.12.2025
Quelle: Pharma Deutschland e.V.

Weitere Informationen

- Pharma Deutschland e.V.